

Fragebogen Stadtratswahlen Zürich

Name, Vorname: **Walter Angst**

Zutreffendes ankreuzen

1. Wie wohnen Sie privat:

- Mietwohnung
 Genossenschaftswohnung
 Eigentumswohnung
 Einfamilienhaus

2. Sind Sie Vermieter?

- Ja
 Nein

3. Befürworten Sie das Ziel, den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus von einem Viertel auf einen Drittel zu erhöhen?

- Ja
 Eher Ja
 Eher Nein
 Nein

Bemerkungen:

Das Ziel kann nur erreicht werden, wenn Stadt- und Gemeinderat bei jedem Planungsgelände – auch wenn diese in privatem Besitz sind – die Möglichkeit zur Beschaffung von Bauland für gemeinnützige Wohnbauträger nutzen.

4. Die Volksinitiative „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich“ wendet sich gegen die vom Kanton diktierte Aufwertung der 2'600 städtischen Wohnungen in Fiskalliegenschaften und verlangt die Beibehaltung der bisherigen Kostenmiete. Unterstützen Sie die Initiative?

- Ja
 Eher Ja
 Eher Nein
 Nein

Bemerkungen:

Bestand der nichtspekulativ bewirtschafteten Wohnungen muss gesichert werden

5. Sollen private Eigentümer verpflichtet werden, bei grösseren Neubauprojekten einen Mindestanteil der Wohnungen nach den Grundsätzen der städtischen Wohnbauförderung zu erstellen und zu bewirtschaften (Festsetzung von Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau wie in der Stadt Zug)?

- Ja
 Eher Ja
 Eher Nein
 Nein

Bemerkungen:

6. Sind Sie damit einverstanden, dass künftig Zweitwohnungen, Business-Appartements und Hotelnutzungen nicht mehr auf den Mindestwohnanteil angerechnet werden?

- Ja
 Eher Ja
 Eher Nein
 Nein

Bemerkungen:

7. Sollen der Stiftung PWG jährliche Abschreibungsbeiträge zum Kauf von Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Es ist allerdings sicherzustellen, dass die Beiträge nicht zur Finanzierung von Aufwertungsprojekten genutzt werden.

8. Unterstützen Sie die Forderung, dass der Kanton mehr Mittel für die Wohnbauförderung bereitstellt (Aufhebung des heute gültigen 180-Mio-Franken-Deckels für Darlehen)?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

9. Sind Sie einverstanden, dass städtische Fördergelder für energetische Sanierungen nur ausgerichtet werden, wenn die Empfänger sich verpflichten, auf eine Kündigung der Mietverhältnisse zu verzichten und die Förderbeiträge zur Reduktion der Mieterhöhung einzusetzen?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

10. Unterstützen Sie die Bestrebungen des Mieterinnen- und Mieterverbandes, den mietrechtlichen Kündigungsschutz auf Bundesebene zu verstärken (Missbräuchlicherklärung von Kündigungen nur um eine höhere Miete zu erzielen, Einschränkung der Kündigungsmöglichkeiten bei Renovationen)?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Der Stadtrat muss sich für notrechtliche Massnahmen, Renditekündigungen in Gebieten mit dauerhaft tiefen Leerstandsquote zu untersagen.

11. Was für weitere Massnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um das Angebot an bezahlbaren Wohnungen zu sichern und zu erhöhen?

- **Der kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbau muss auf das Ziel ausgerichtet werden, Wohnraum für die 50 Prozent der Bevölkerung bereitzustellen, die über ein Einkommen von weniger als 6000 Franken verfügen.**
- **Ersatzneubauten sind auf ihre Sozialverträglichkeit zu überprüfen.**
- **Aufwertungsmassnahmen, die Renditesanierungen und die Gentryifizierung von ganzen Quartieren fördern, sind zurückzustellen.**